

SATZUNG

des

Wasserbeschaffungsverbandes

Brün - Vahlberg

in 57482 Wenden, Kreis Olpe

Gemäß § 47 i.V. m. § 6 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (WVG) vom 12.02.1991 (BGB1. I S. 405) hat die Verbandsversammlung des WBV Brün - Vahlberg in ihrer Sitzung am 26.01.1996 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Name, Sitz, Rechtsform
- § 2 Verbandsgebiet
- § 3 Aufgabe
- § 4 Unternehmen, Plan
- § 5 Mitglieder, Mitgliederverzeichnis
- § 6 Verbandsschau
- § 7 Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen

Zweiter Teil

Verbandsverfassung

- § 8 Verbandsorgane
- § 9 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
- § 10 Aufgaben der Verbandsversammlung
- § 11 Sitzungen der Verbandsversammlung
- § 12 Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der Verbandsversammlung
- § 13 Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes, Amtszeit
- § 14 Aufgaben des Vorstandes
- § 15 Sitzungen des Vorstandes
- § 16 Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung des Vorstandes
- § 17 Geschäfte des Vorstehers

Dritter Teil

Haushaltsführung, Aufsicht, Satzungsänderungen

- § 18 Dienstkräfte des Verbandes (entfällt)
- § 19 Haushalts- und Rechnungswesen
- § 20 Beiträge
- § 21 Erhebung der Verbandsbeiträge

Vierter Teil

Bekanntmachung, Aufsicht, Satzungsänderungen

- § 22 Bekanntmachungen
- § 23 Aufsicht
- § 24 Änderung der Satzung

Fünfter Teil

Schlußbestimmungen

- § 25 Wasserbezugsordnung
- § 26 Inkrafttreten

Erster Teil

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Rechtsform

- 1) Der Wasserbeschaffungsverband führt den Namen:
Wasserbeschaffungsverband Brün - Vahlberg
- 2) Er hat seinen Sitz im Amt Wenden, Kreis Olpe
- 3) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) vom 12.02.1991 (BGBl. I S. 405). Er dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst.

§ 2

Verbandsgebiet

Das Verbandsgebiet umfaßt das Gebiet der Ortsteile Brün und Vahlberg der Gemeinde Wenden und ergibt sich aus der als Anlage zur Satzung beigefügten Karte.

§ 3

Aufgabe

Der Verband hat die Aufgabe, Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und mit dem Wasser die im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke zu versorgen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind

- die erforderlichen Anlagen zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben,
- soweit dazu nötig, technische Maßnahmen zur Bewirtschaftung des Grundwassers und die erforderlichen Grundstücke oder Rechte an Grundstücken zu erwerben.

§ 4

Unternehmen, Plan

- 1) Unternehmen des Verbandes sind alle Maßnahmen, Arbeiten und Ermittlungen, die der Erfüllung seiner Aufgaben an den Grundstücken und Anlagen dienen.
- 2) Der Umfang der Unternehmen ergibt sich aus dem Plan (Zeichnungen, Beschreibungen) und seinen Ergänzungen.
Jeweils eine Ausfertigung wird bei der Aufsichtsbehörde und beim Verband aufbewahrt.

§ 5

Mitglieder, Mitgliederverzeichnis

- 1) Mitglieder des Verbandes sind die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke und Anlagen (dingliche Verbandsmitglieder).
- 2) Der Verbandsvorsteher führt ein Mitgliederverzeichnis und hält es auf dem Laufenden.

§ 6

Verbandsschau

Eine Verbandsschau findet nicht statt.

§ 7

Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen

- 1) Der Verband ist berechtigt, das Verbandsunternehmen auf den zum Verband gehörenden Grundstücken der dinglichen Mitglieder durchzuführen. Er darf die Grundstücke der Mitglieder betreten, die für das Unternehmen nötigen Stoffe (Steine, Erde, Rasen, usw.) - vorbehaltlich nach anderen Rechtsvorschriften erforderlicher Genehmigungen und soweit nicht ordnungsbehördliche Vorschriften entgegenstehen - von diesen Grundstücken nehmen. Insbesondere ist er befugt, Versorgungsleitungen über die Grundstücke zu verlegen, soweit dies technisch erforderlich und wirtschaftlich geboten ist. Bei nicht öffentlich zugänglichen Grundstücken ist die Benutzung dem Eigentümer - außer bei Gefahr im Verzuge - vorher anzuzeigen.
- 2) Der Verband darf Grundstücke, die öffentlichen Zwecken dienen, nur mit Zustimmung der zuständigen Verwaltungsbehörde benutzen, soweit sie nicht durch Rechtsvorschrift zugelassen ist. Die Zustimmung darf nur versagt werden, soweit eine Beeinträchtigung der öffentlichen Zwecke nicht durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden kann.

Zweiter Teil

Verbandsverfassung

§ 8

Verbandsorgane

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung und der Vorstand.

§ 9

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung setzt sich aus den jeweiligen Eigentümern der im Mitgliedsverzeichnis aufgeführten Grundstücke zusammen.

§ 10

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat folgende Aufgaben:

- 1) Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder, des Verbandsvorstehers, sowie seiner Stellvertreter.
- 2) Beschlußfassung über Änderung der Satzung des Unternehmens, des Plans oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik;
- 3) Beschlußfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes
- 4) Festsetzung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen;

- 5) Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes;
- 6) Entlastung des Vorstandes;
- 7) Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse und von Vergütungen für Vorstandsmitglieder;
- 8) Beschlußfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband;
- 9) Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten.

§ 11

Sitzungen der Verbandsversammlung

- 1) Die Verbandsversammlung ist nach Bedarf, jedoch mindestens einmal im Jahr vom Vorsteher einzuberufen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich; auf Beschluß der Versammlung kann die Öffentlichkeit hergestellt werden.
- 2) Auf Verlangen von Mitgliedern, die mindestens ein Drittel der gesamten Stimmenzahl vertreten, hat der Vorsteher eine Verbandsversammlung einzuberufen. Der Antrag muß schriftlich mit Begründung an den Vorstand erfolgen.
- 3) Einladungen zur Verbandsversammlung müssen den Mitgliedern unter Angabe der Tagesordnung mindestens zehn Tage vor den Sitzungen zugehen. In dringenden Fällen kann die Frist auf drei Tage verkürzt werden; die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen. Außerdem ist auch die Aufsichtsbehörde einzuladen.

§ 12

Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der Verbandsversammlung

- 1) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn satzungsgemäß geladen und mindestens ein zehntel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Sie gilt als beschlußfähig, solange die Beschlußunfähigkeit nicht festgestellt wird.
- 2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit zurückgestellt worden, und wird die Verbandsversammlung zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen wurde.
- 3) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
- 4) Jedes Verbandsmitglied, welches Beiträge an den Verband geleistet hat, hat das Recht, selbst oder durch einen Vertreter mitzubestimmen. Der Vorsteher kann vom Vertreter eine schriftliche Vollmacht fordern.
- 5) Auf jedes Mitgliedsgrundstück, für welches ein Anschlußbeitrag gezahlt wurde, entfällt eine Stimme. Hat ein Grundstück mehrere Eigentümer, so kann das Stimmrecht nur einheitlich ausgeübt werden.
- 6) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muß mindestens Angaben enthalten über:
 - 1) den Ort und den Tag der Sitzung,
 - 2) die Namen des Vorsitzenden und der anwesenden Mitglieder,
 - 3) die behandelten Gegenstände und die gestellten Anträge,
 - 4) die gefaßten Beschlüsse,
 - 5) die Ergebnisse von Wahlen.

Die Niederschrift ist vom Vorsteher und, soweit ein Schriftführer hinzugezogen wurde, auch von diesem zu unterzeichnen.

§ 13

Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes, Amtszeit

- 1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsteher und weiteren drei - sechs (3 - 6) Vorstandsmitgliedern. Zwei Vorstandsmitglieder sind Stellvertreter des Vorstehers; die Reihenfolge bestimmt der Verbandsvorsteher.
- 2) Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig, sie können durch Beschluß der Verbandsversammlung für die Wahrnehmung ihres Amtes eine Entschädigung erhalten.
- 3) Die Mitglieder des Vorstandes und der Verbandsvorsitzende werden durch die Verbandsversammlung gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist zugleich Verbandsvorsteher. Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.
- 4) Die Verbandsversammlung kann ein Vorstandsmitglied aus wichtigem Grund mit zwei Drittel Mehrheit abberufen. Die Abberufung und ihr Grund sind der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Diese kann der Abberufung innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige unter Angabe der Gründe widersprechen, wenn der vorgetragene wichtige Grund nicht gegeben ist. Widerspricht die Aufsichtsbehörde, so ist die Abberufung unwirksam.
- 5) Die Vorstandsmitglieder werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt.
- 6) Wenn ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet, so ist für eine volle Amtszeit ein neues Mitglied zu wählen.

§ 14

Aufgaben des Vorstandes

- 1) Der Vorstand hat die ihm nach dem Wasserverbandsgesetz und nach der Satzung zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.
Er leitet den Verband nach Maßgabe des WVG und der Satzung. Ihm obliegen alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung die Verbandsversammlung oder der Verbandsvorsteher berufen sind.
- 2) Der Vorstand entscheidet über Widersprüche gegen Bescheide des Verbandes.

§ 15

Sitzungen des Vorstandes

Der Vorsteher lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist; in der Ladung ist darauf hinzuweisen.

§ 16

Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung des Vorstandes

- 1) Der Vorstand ist beschlußfähig wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten Vorstandsmitglieder anwesend ist.

- 2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit zurückgestellt worden, und wird der Vorstand zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen wurde.
- 3) Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.
- 4) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Vorsteher und, soweit ein Schriftführer hinzugezogen worden ist, auch von diesem zu unterzeichnen.

§ 17

Geschäfte des Vorstehers

- 1) Der Vorsteher führt den Vorsitz im Vorstand und in der Verbandsversammlung. Ihm obliegen die Geschäfte, welche ihm durch die Satzung und durch den Beschluß der Verbandsversammlung über die Grundsätze der Geschäftspolitik übertragen sind.
- 2) Der Vorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.
- 3) Der Vorsteher unterrichtet den Vorstand regelmäßig und die Verbandsmitglieder mindestens einmal im Jahr über seine Geschäfte und führt die ordentlichen Beschlüsse herbei.
- 4) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform; sie sind nach Maßgabe der für den jeweiligen Fall geltenden Regelungen von dem oder den Vertretungsberechtigten zu unterzeichnen.

§ 18

Dienstkräfte des Verbandes

Der Vorsteher ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte

Dritter Teil

Haushaltsführung, Rechnungslegung, Prüfung, Beiträge

§ 19

Haushalts- und Rechnungswesen

- 1) Für das Haushalts- und Rechnungswesen gelten die Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände im Land Nordrhein Westfalen vom 07.03.1995 (NRW AGWV, GVB1 S. 279) in der jeweils geltenden Fassung.
- 2) Der Verband wendet die für die Gemeinden geltenden Vorschriften des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens (Kameralistik) an.

§ 20

Beiträge

- 1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.

- 2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen (Geldbeiträge) und in Sachleistungen (Sachbeiträge). Geldbeiträge werden erhoben als
 1. Beiträge für den Anschluß an die Wasserversorgung (Anschlußbeitrag); die sich nach m³ umbauten Raum berechnen;
 2. laufende Beiträge für den Wasserbezug (Wassergeld, Grundgebühren);
 3. Kostenerstattungen für andere Leistungen des Verbandes, insbesondere für die Herstellung und Änderung von Wasserhausanschlüssen (Anschlußkosten);
 4. einmalige Beiträge für Aufwendungen des Verbandes, die nicht durch die Beiträge zu Ziff. 1. und 2. gedeckt sind, aufgrund Beschlusses der Verbandsversammlung.
- 3) Aufgrund eines Beschlusses des Vorstandes bzw. der Verbandsversammlung kann in besonderen Härtefällen eine teilweise oder vollständige Befreiung von der Beitragszahlung erfolgen.
- 4) Maßstab und Höhe der Beiträge werden in einer besonderen Beitrags- und Gebührenordnung geregelt.

§ 21

Erhebung der Verbandsbeiträge

- 1) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des geltenden Beitragsmaßstabes durch Beitragsbescheid.
Nähere Regelungen trifft die Beitrags- und Gebührenordnung.
- 2) Die Erhebung der Verbandsbeiträge kann Stellen außerhalb des Verbandes übertragen werden.

Vierter Teil

Bekanntmachungen, Aufsicht, Satzungsänderungen

§ 22

Bekanntmachungen

- 1) Die vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen entsprechend der Regelung der Hauptsatzung des Kreises Olpe in der jeweils geltenden Fassung.
- 2) Die Bekanntmachungen des Verbandes sind unter Angabe der Bezeichnung des Verbandes (§ 1) vom Vorsteher zu unterschreiben.

§ 23

Aufsicht

- 1) Der Verband steht unter der Rechtsaufsicht des Oberkreisdirektors des Kreises Olpe als Untere Staatliche Verwaltungsbehörde.
- 2) Die Aufsichtsbehörde kann sich, auch durch Beauftragte, über die Angelegenheiten des Verbandes unterrichten. Sie kann mündliche und schriftliche Berichte verlangen, Akten und andere Unterlagen anfordern, sowie an Ort und Stelle Prüfungen und Besichtigungen vornehmen.

§ 24

Änderung der Satzung

- 1) Beschlüsse über die Änderung der Satzung sind von der Verbandsversammlung zu fassen.
- 2) Für Beschlüsse zur Änderung der Satzung genügt die Mehrheit der anwesenden Stimmen. Die Änderung der Aufgabe des Verbandes bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen.
- 3) Die Änderung der Satzung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Sie ist von der Aufsichtsbehörde öffentlich bekannt zu machen.

Fünfter Teil

Schlußbestimmungen

§ 25

Wasserbezugsordnung

- 1) Neben dieser Satzung wird eine Wasserbezugsordnung erlassen, welche Regelungen trifft über
 - I. Grundsätze der Versorgung mit Wasser;
 - II. Benutzung der Versorgungsanlagen (Anschluß- und Benutzungsrecht);
 - III. Grundstücksanschlüsse (technische Anschlußbedingungen)
 - IV. Beitrag (Wassergeld) und Grundgebühr.
- 2) Die Wasserbezugsordnung wird vom Vorstand aufgestellt und von der Verbandsversammlung beschlossen.

§ 26

Inkrafttreten

- 1) Diese Satzung tritt mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde in Kraft.
- 2) Gleichzeitig treten alle vorher gültigen Satzungen des Verbandes, einschließlich ihrer Ergänzungen außer Kraft.

Brün - Vahlberg

Ort

26.01.1996

Datum

Unterschrift
(Verbandsvorsteher)